

Müşahat 5 Kuruştur  
ABONE  
Dahil içde: Aylık 175, Oc. aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.  
Harç için: Aylık 5, Oc. aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabill (Posta ücreti dahil olmak üzere).  
İLANAT  
1. Sahifede: satılmıncası 100 Kurş.  
2. Sahifede: satılmıncası 75 Kurş.  
3. Sahifede: satılmıncası 50 Kurş.  
4. Sahifede: satılmıncası 30 Kurş.  
İdarehane:  
Tekke Cadısı No 565ve 587  
Telgraf adresi: Türkpost  
Telefon: Beyoğlu 207 ve 210  
Posta Kutubası: Galata 209

# Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch  
BEZUGSPREIS  
Inland 1 Monat 1 75 T. Plid. 3 Monate 4,75  
1 Plid. 6 Monate 8 50 T. Plid. 12 Monate 15 - T. Plid. Ausland 1 Monat 5 R. Mark  
3 Monate 13 R. Mark, 6 Monate 25 R. Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inverate 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch  
(INLANDSPREISE)  
Geschäftsleitung  
Tekke - Strasse Nr. 585-587  
Druckerei: Türkpost  
Postfach Pera 209 u. 210  
Postfach Galata 209

5. Jahrgang Nr. 32

Organ des Deutsch-Türkischen Vereins, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Konstantinopel, Sonnabend, 1. Febr. 1930

## Tagespiegel.

Prusa din igleri nazir Dr. Becker istifa etmiştir. Yeni sosyaldemokrat Grümme tayin edilmiştir. İspanya Kabineti Berenguer'in reyaseti altında teşkil edilmiştir. İngilizler Irak'a birar etmiş olan necceli haydutları Musulna teslim etmişlerdir.

## Vom Tage.

Garvin setzt sich in einem Leitartikel im „Observer“ für den Verzicht auf den Ersatz von Schlachtschiffen ein, wobei er sich wiederum, wie bereits in zwei früheren Artikeln, in erster Linie auf den neuen deutschen Panzerkreuzer „Ersatz Preussen“ bezieht. „Deutschland war“, so sagt Garvin, „unter dem Versailler Vertrag zu einer Begrenzung seiner Schiffbauarbeiten auf 10 000 Tonnengewungen. Es überlegte sich die Konsequenzen dieser Herabminderung gründlich und baute daraufhin ein Schiff, das konstruiert ist, um jedes andere Schiff versenken zu können, das die „Ersatz Preussen“ dank einer höheren Geschwindigkeit einholen könnte, aber in der Lage wäre, ein wenig Schiffen zu entkommen, die überhaupt die „Ersatz Preussen“ versenken könnten. Die Alliierten und ihr grosser Verbündeter haben ebenso wie Napoleon nach Jena den Verstand der Deutschen erheblich unterschätzt. Garvin macht dann folgende Vorschläge für die Flottenrüstung: Da ein Krieg mit Amerika ausser jeder Möglichkeit steht, überschreitet die Zahl der britischen Schlachtschiffe die Bedürfnisse des Weltreiches. Sie sind die am wenigsten nützlichen, jedoch die teuersten Schiffseinheiten. Grossbritannien könnte daher drei oder vier dieser Monstre-Schiffe, die 1931 oder 1935 für die Einschrottung fertig werden, sofort einschrotten. Die amerikanische und englische Parität könnte dann auf einer neuen Grundlage erreicht werden, und Amerika wäre nicht in die Notwendigkeit versetzt, zusätzliche 10 000 Tonnent-Kreuzer zu bauen. Ferner wäre für Schlachtschiffe und 10 000 Tonnent-Kreuzer ein Ersatz festzulegen durch den Typ eines schnellen Schlachtschiffes, gestützt auf die Tatsache, dass die Schlachtschiffe nur der Vorkriegsmentalität und den Vorkriegspunkten ihre Existenz verdanken und die 10 000 Tonnent-Kreuzer durch die „Ersatz Preussen“ bereits überholt sind. Die vorstehenden Vorschläge wie der ganze Grundton des Artikels stützen sich auf die Überzeugung, dass allein das englisch-amerikanische Beispiel bei sicherer Nachahmung Japans von Bedeutung ist und nicht Rücksichten auf Frankreich. Das wird unterstrichen durch die Feststellung Garvins, dass Grossbritannien sich niemals wieder in einen europäischen Konflikt hineinziehen lassen werde, es sei denn, dass es direkt angegriffen werde.

## Eine Kriegs-Luftflotte für die Schweiz.

Bern, 31. Jan.  
Die Heereskommission des Staates hat die Schaffung einer Schweizer Luftflotte von 105 Aufklärungs- und Bombenflugzeugen beschlossen.

## Aus den U. S. A.

Washington, 31. Januar (A.A.)  
Senator Brookhart richtete gestern im Senat einen heftigen Angriff gegen den ersten Klub von New York, den Century Club, dem auch der Präsident Hoover als Mitglied und der Vizepräsident angehört. In diesem Club werde ständig Alkohol auch Herzenslust ausgeschenkt, wie zuletzt insbesondere am Sylvesterabend. Der Senator fordert den Klub auf, sich endlich den Gesetzen zu beugen.

Gestriger Schluss-Kurs:  
1 Reichsmark = 50.75 Piaster.

## Kiasim Pascha.

Wien, 31. Jan.  
Der Präsident der türkischen Kammer Kiasim Pascha besuchte heute in Begleitung des hiesigen türkischen Gesandten das österreichische Parlament.

## Grubenunglück in Sönguldak.

Sönguldak, 31. Jan.  
In der Nacht auf gestern hat sich hier auf der Kohlenzeche Süleiman Sirri Bej eine Explosion schlagender Wetter ereignet. Ein Teil der in der Grube beschäftigten Arbeiter konnte sich nicht mehr retten und wurde verschüttet. Die Zahl der Toten wird mit 13 angegeben. Ausserdem wurden 6 Arbeiter verwundet, davon 1 schwer. Ob noch weitere Arbeiter verschüttet sind, wird nicht gemeldet; es heisst nur, die Ingenieure hätten Rettungsarbeiten begonnen.

## Die Erben Abdul Hamids gegen Griechenland.

London, 31. Jan. (A.A.)  
„Daily Mail“ melden, daß die Erben des einstigen türkischen Sultans Abdul Hamid jetzt gegen die griechische Regierung einen Entschädigungsprozess angestrengt haben. Sie verlangen 300 Mill. Drachmen.

## Kommunisten-Krawall in Athen.

Athen, 31. Januar (A.A.)  
Anlässlich des Geburtstages Lenins haben in Athen etwa 50 Kommunisten vor der südslawischen Gesandtschaft eine Kundgebung veranstaltet und dem Direktor der Bank von Griechenland die Festscheiben mit Steinen eingeworfen. Die Polizei griff ein und trieb die Demonstranten auseinander. Es wurden 8 Verhaftungen vorgenommen.

## Die Rache des Räubers Babanis.

Athen, 31. Januar.  
Wie gemeldet, ist die berüchtigte Räuberbande Babanis soeben wieder aufgetaucht. Sie hat zunächst zwei Viehzüchter überfallen, verschleppt und sie in fürchterlicher Weise regelrecht abgeschlachtet. Nachdem sie die unglücklichen Opfer langsam zu Tode gemartert hatten, schnitten die Räuber die Leichen in Stücke, schälten sauber das Fleisch von den Knochen und fütterten damit die Hunde. Am Ort ihrer Untat richtete die Bande dann ein grosses Kreuz auf, an dem die verfolgten Polizeibeamtungen einen Zettel angeheftet fanden, der folgenden Wortlaut trug: „Diese Beiden sind Verräter an uns Räubern gewesen. Sie haben Babanis und seine Brüder verraten. Deshalb sind sie getötet worden. Jeder soll wissen, dass keiner der Rache des Räubers Babanis entgeht!“

Bezeichnenderweise hatte die Regierung das Aufsuchen der Bande rechtzeitig erfahren, alle diesbezüglichen Nachrichten und Meldungen jedoch demütiert. Einen Tag darauf geschah das neue Verbrechen, das an Scheusslichkeiten kaum zu übertreffen ist.

Aber auch andere Räuberbanden haben den jetzt recht ungünstigen Olymp verlassen, um sich der Jahreszeit entsprechend „einzudecken“. So ist auch die Bande Tzatzas bereits verschiedentlich wieder gesichtet worden. Unter anderem forderte sie in der Gegend Ellassonas einen Viehzüchter schriftlich auf, 15 000 Drachmen für warme Winterbekleidung „flüssig zu machen“.

## Ein Oekumenisches Konzil.

Rom, 31. Jan.  
Nach Blättermeldungen plant der Papst, nachdem durch die Versöhnung mit Italien ein Haupthindernis für die Wiederabhaltung eines Konzils beseitigt und eine neue Aera in der Kirchengeschichte angebrochen ist, die Einberufung eines Oekumenischen Konzils.

## Südafrika und die Einwanderung.

Kapstadt, 31. Januar.  
Der Innenminister hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Regelung der Einwanderung aus Süd- und Osteuropa vorgelegt. Der Entwurf sieht eine Quote vor, die der Minister nach den Verhältnissen ändern kann. Vorläufig sollen aus Süd- und Osteuropa jährlich nur 1000 Personen in Südafrika einwandern dürfen.

## Rücktritt des Preussischen Kultusministers.

Grimme sein Nachfolger.

Berlin, 31. Januar.  
Die seit Tagen stockenden Verhandlungen über die Umbildung der preussischen Regierung auf der Grundlage der Grossen Koalition erhielten gestern einen neuen Anstoss durch den unerwarteten Rücktritt des preussischen Kultusministers Dr. Becker. In seinem Rücktrittsgesuch bedauert Dr. Becker, dass die Auffassung führender Parteien über die Bedeutung der kulturellen Aufgaben seines Ministeriums ein, gedeihliches Wirken für ihn unmöglich gemacht hätte.

Zum Nachfolger Dr. Beckers ist der bisherige Vizepräsident des Brandenburgischen Provinzial-Schulkollegiums Grimme ernannt worden. Der neue Kultusminister gehört der Sozialdemokratischen Partei an.

## Die Vollsitzung der Flottenkonferenz.

London, 31. Jan. (A.A.)

Auf der gestrigen Vollsitzung der Flottenkonferenz erklärte der amerikanische Delegierte Gibson, daß England, Japan und die U.S.A. dafür seien, daß die Kriegsflootten in 6 Kategorien eingeteilt und für jede Kategorie die höchstzulässige Tonnage festgesetzt werde. Frankreich sei dagegen vor zwei Jahren lediglich für die Festsetzung der Gesamttonnage der ganzen Kriegsflootten eingetreten, welche Schwierigkeit die Konferenz von 1927 in eine Sachfrage geführt habe. Inzwischen hätte Frankreich ein Kompromiss vorgeschlagen, das die Festsetzung von Höchsttonnagen für die einzelnen Schiffskategorien annimmt, aber den einzelnen Mächten die Freiheit läßt, bei Einhaltung der Gesamttonnage die Proportion der einzelnen Kategorien dann zu verschieben, wenn die dies wünschende Macht die anderen Mächte ein Jahr vorher von dieser ihrer Absicht unterrichtet. Die U.S.A. hätten dieses Kompromiss 1929 angenommen, weil sie anerkennen, daß die kleineren Flotten zur Spezialisierung neigen.

Der britische Delegierte Lord Alexander erklärte, daß England allein seinen ursprünglichen Vorschlag für richtig halte, aber bereit sei, den französischen Vorschlag zu prüfen. Daraufhin wurde ein Komitee von 10 Personen gewählt, in das jede Delegation zwei Vertreter entsendet und das die Angelegenheit in engerem Kreise besprechen soll.

Wie verlautet, sieht der französische Vorschlag in seiner neuer Form vor, daß auch die Verschiebung der Proportionierung der einzelnen Schiffskategorien nur bis zu einem gewissen Grade möglich bleiben soll.

## Tardieu und Briand reisen ab.

London, 31. Januar (A.A.)  
Heute hat eine erste Sitzung des gestern gewählten Tonnage-Komitees stattgefunden. Am Nachmittag haben Tardieu und Briand die Rückreise nach Paris angetreten.

## Russland und die Konferenz.

Moskau, 31. Januar.  
Die gegenüber der Londoner Flottenkonferenz von Russland eingenommenen negativen Haltung tritt deutlich in einem Leitartikel der „Iswestija“ zu Tage. Das Blatt schreibt, man brauche kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß nach wochenlanger Leblosgigkeit der Konferenz dieselbe ohne wesentlichen Erfolg enden werde. Das Blatt verspottet diejenigen westeuropäischen Zeitungen, die geschrieben haben, dass die Konferenz den Beginn einer neuen Aera bilden. Die Konferenz werde das Wettstreiten, das zu einem bewaffneten Zusammenstoss führen müsse, nicht aufhalten können. Die Grossmächte verstoßen nur ihre grundsätzlichen Differenzen hinter Friedensphrasen.

## Die Arbeitslosen-Unterstützung in England.

London, 31. Januar (A.A.)  
Zur Vorlage der Regierung über die Arbeitslosen-Versicherung hatte das Oberhaus beantragt, die Einführung der Versicherung zunächst nur für ein Jahr zu bewilligen und den Kreis der Unterstützungsberechtigten zu verengern. Das Unterhaus lehnte diesen Antrag mit 284 gegen 133 Stimmen ab.

## Aus Deutschland.

### S. P. D. gegen Dr. Schacht.

Berlin, 31. Jan.  
Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich mit der Frage der Stellung des Reichsbankpräsidenten. Sie kam zu dem Beschluß, daß die Partei zwar an der währungspolitischen Unabhängigkeit der Reichsbank und den entsprechenden Schutzbestimmungen des Reichsbankgesetzes unbedingt festhalte, sich jedoch auf Schärfe gegen die Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in die Führung der deutschen Politik verwehre. Es sei daher ein Initiativgesetz notwendig, das der Staatsgewalt einen massgebenden Einfluss auf die Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten sowie auf die Zusammensetzung des Generalrats gibt.

### Zentrum und Haager Abkommen.

Berlin, 31. Januar.  
Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat dem Reichskanzler die Stellungnahme der Partei zu der politischen Behandlung des Haager Abkommens bekanntgegeben. Danach verlangt das Zentrum, dass vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzlage des Reiches erfolge. Ausserdem wünscht die Partei vor ihrer entscheidenden Fraktionssitzung eine ausreichende Darlegung der Reichsregierung über den Stand und den Fortgang der Saar-Verhandlungen und über die Behandlung des polnischen Liquidationsabkommens.

### Zwei moderne Robinsons.

Berlin, 31. Jan.  
Ein amerikanischer Forscher, der auf den Stillen Ozean vor der Küste von Ecuador liegenden Galapagos-Inseln Untersuchungen anstellte, hat dort auf der einsamen Charlesinsel ein Berliner Paar aufgefunden, das nach einem angeblichen Schiffbruch dort schon seit einem halben Jahre lebe. Es handelt sich um den Berliner Arzt Dr. Ritter, der sich zusammen mit seiner Gehilfin in die Einsamkeit zurückzog — einerseits um die neue Ernährungsmethode auszuprobieren und andererseits aus Menschenscheu gegen die Zivilisation.

### Zum Tschervonzen-Prozess.

Berlin, 31. Januar.  
Zu den Behauptungen der Verteidigung, im Tschervonzen-Prozess erklärt der Berliner Polizeipräsident, dass die Untersuchungen in der Affäre der Dollarfälschungen keinerlei Beweis dafür erbracht haben, daß irgend eine Regierung und gar die Sowjetregierung systematische Notenfälschungen vorgenommen haben. Daraufhin hinweisendes Material habe der Polizei niemals vorgelegen.

### Berliner Börse am Freitag.

Berlin, 31. Januar.  
Die Börse war weiter in der Mehrheit ihrer Märkte verbessert und schloß fest. Bevorzugt waren Montan- und Elektropapiere.

## Letzte Telegramme.

### Massenverhaftungen in Sofia.

Sofia, 31. Januar.  
Auf Anordnung des Ministerpräsidenten und Innenministers Liaptscheff sind hier Massenverhaftungen makedonischer Terroristen vorgenommen worden. Die Verhaftungen sind auf die sich häufenden Attentate zurückzuführen. Die Verhafteten werden in der Provinz interniert werden.

### Französisches Flugzeug abgestürzt.

Paris, 31. Jtn. (A.A.)  
Ein französisches Militär-Jagdflugzeug ist bei Chateauroux abgestürzt. Der Flieger fand den Tod.

### Rom, 31. Januar.

Die Königin von Schweden ist ernstlich erkrankt, und ihre Kräfte haben in beunruhigender Weise abgenommen. Der König befindet sich unterwegs zum Krankenlager seiner Frau.

### Die Rebellen gegen Ibn Saud.

Bassra, 31. Januar (A.A.)  
Aus Koweit wird gemeldet, dass die britischen Behörden Feisal-ed-Dauisch und drei andere Führer des Aufstandes im Nedschd, die sich in das Gebiet des Irak geflüchtet hatten, an König Ibn Saud ausgeliefert haben.

### Abbruch der Kathedrale von Tiflis.

Moskau, 31. Januar.  
In Tiflis ist mit dem Abbruch der aus dem 18. Jahrhundert stammenden weltberühmten Kathedrale begonnen worden. Mehrere Wände des Kirchenbaues mussten dabei mit Dynamit gesprengt werden. Auf dem Platz der Kathedrale soll eine Internationale Kommunistische Bibliothek errichtet werden.

## Der vatikanische Staat

### Die Idee der waffenlosen Grossmacht.

Von Dr. Friedrich Wallisch.  
Anmerkung: d. Schriftl. Der Verfasser hat die Entwicklung und die Stellung des neu geschaffenen vatikanischen Staates an Ort und Stelle eingehend untersucht und ist kürzlich beim Papst und bei Mussolini in Audienz erschienen.

Die Schaffung des neuen päpstlichen Staates mag hier und dort als eine Angelegenheit empfunden worden sein, die nur die italienische Innenpolitik und den Katholizismus berührt. Tatsächlich aber reicht die Bedeutung dieses Vorgangs weit darüber hinaus. Als Mussolini und Kardinal Gaspari am 11. Februar 1929 durch den Lateranvertrag den neuen Kirchenstaat geschaffen hatten — der allerdings erst viel später sein Eigenleben wirklich beginnen konnte —, war damit ein sechzigjähriger Unfriedenszustand beendet. Der Ausdruck „Kriegszustand“ würde zu weit gehen. Durch den Abschluss des Konkordats war nicht nur dem Vatikan geholfen, der gerade genug Souveränität erhielt, um die Residenz des Papstes dem Machtbereich des italienischen Staates zu entziehen; ebensowohl oder mehr noch hatten Mussolini und Italien bei diesem Friedensschluss gewonnen. Die Stellung der italienischen Regierung fand in der Freundschaft des Vatikans eine überaus wichtige Stütze für ihre innere und auch für ihre äussere Politik. Denn es wird immer deutlicher, dass Italien in jenem Rang der ersten katholischen Macht hineinwächst, den ehemals das „Römische Kaiserreich deutscher Nation“ für sich in Anspruch genommen hat.

Den nicht ganz glücklich gewählten Namen „Città del Vaticano“, Stadt des Vatikans, verdrängt das neue Staatsgebilde dem Bestreben, den geschichtlichen Zusammenhang mit dem alten Kirchenstaat zu verwischen. Der Kirchenstaat besass bis zum Jahre 1857 eine Oberfläche von 41 000 Quadratkilometern und drei Millionen Einwohner. Als er im Jahre 1870 aufgelöst wurde, war sein Flächenraum bereits auf 11 800 Quadratkilometer mit 736 000 Einwohnern herabgesunken. Die Stadt des Vatikans ist kaum einen halben Quadratkilometer gross, ihre Einwohnerzahl besteht nur aus 500 Köpfen; viele der ständig im Vatikan beschäftigten Personen sind italienische Staatsbürger und wohnen, ebenso wie das diplomatische Korps, ausserhalb des kleinen Staates in Rom.

Die ungeschränkte weltliche Herrschaft des Papstes umfasst die Peterskirche mit der Freitreppe auf dem Petersplatz, den kleinen Stadteil hinter dem Dom, ferner die vatikanischen Gärten und den ganzen vatikanischen Palast bis zur Via Porta Angelica im Borgo. Die Exterritorialität, wie sie litalien schon früher dem Heiligen Stuhl zugesprochen hat, nicht aber die Souveränität des Papstes erstreckt sich über den ganzen Petersplatz einschliesslich der Kolonnaden. Auch der Lateranische Palast, die einstige Residenz der Päpste, und einige andere Gebäude in verschiedenen Stadteilen von Rom genießen diese Exterritorialität, die jener der fremden Gesandtschaften gleich zu setzen ist.

Da naturgemäss der Begriff der Erblichkeit für die Herrscherwürde des vatikanischen Staates ausgeschlossen ist, liegt der Vergleich mit der republikanischen Staatsform nahe. Tatsächlich bildet aber das Papsttum eine Wahlmonarchie. Ihre innere Stetigkeit ist dadurch gegeben, dass der Papst die Kardinalie ernannt, die wieder als Kurfürsten den nächsten Papst aus ihrer Mitte wählen. Dem Staate steht ein vom Papst ernannter und nur ihm verantwortlicher Zivilgouverneur vor. Der Grundsatz vollständiger nationaler Freiheit geht hier so weit, dass Staatsbeamte nicht Bürger des Vatikans sein müssen.

Die Città del Vaticano besitzt ihr eigenes Staats-, Zivil- und Strafrecht. In erster Linie ist — neben der Betonung der vollständigen Souveränität — dafür gesorgt, dass sich weder in wirtschaftlicher noch in rechtlicher Beziehung innerhalb der engen Grenzen die